

Arbeitsintegration

Den Zugang zum Arbeitsmarkt erleichtern

Flüchtlinge brauchen im Hinblick auf ihre Integration einen raschen Zugang zum Arbeitsmarkt. Die Kooperation von Behörden und Privatwirtschaft scheint im Ausland fortgeschrittener als hier zu Lande, wie das Beispiel des international grössten Anbieters für Arbeit auf Zeit zeigt.

Von René Worni, Redaktor / 25.02.2016

Viele Arbeitgebende in der Schweiz haben grösste Mühe, [vorläufig Aufgenommene aber auch anerkannte Flüchtlinge zu beschäftigen](#). Die bürokratischen Hürden und der Zeitaufwand sind enorm und in der Privatwirtschaft nicht wettbewerbstauglich. Dabei besteht im Baugewerbe, in der Hotellerie und in Gastronomiebetrieben, in Spitälern, Alters- und Pflegeheimen, bei Reinigungsunternehmen wie auch bei Vermittlern von Temporärarbeit eine grosse Nachfrage nach geeignetem Personal. Stattdessen liegt das Potential der Flüchtlinge brach. Studien zeigen, dass nach zehn Jahren Aufenthalt in der Schweiz bloss die Hälfte aller Flüchtlinge Arbeit haben.

Zwar setzt sich die Ansicht, dass Flüchtlinge dringend einen erleichterten Zugang zum Arbeitsmarkt benötigen, in der Politik und bei den Behörden zunehmend durch. So möchte der Bund auf Verordnungs- und Weisungsebene wie auch im Gesetz entsprechende Anpassungen vornehmen. Insbesondere das zeitaufwändige Bewilligungsverfahren soll gelockert werden. Doch im Ausland scheint die Zusammenarbeit zwischen Privatwirtschaft und den Behörden bereits viel besser zu funktionieren, wenn es darum geht, Flüchtlinge zu beschäftigen und weiter zu bilden.

Vernetzte Integrationsprojekte

Im Rahmen einer Konferenz zu Resettlement und Integration der [Annual Tripartite Consultations and Working Group on Resettlement \(ATCR WGR\)](#) Mitte Februar 2016 in Den Haag, welche im Beisein der Schweizerischen Flüchtlingshilfe SFH stattfand, illustrierte ein Vertreter der Manpower-Group Holland, wie sein Unternehmen bereits seit mehreren Jahren weltweit in nationalen Projekten gemeinsam mit Behörden und Asylorganisationen sowie mit dem UNHCR zusammenarbeitet.

So hat der weltweit grösste Vermittler von Arbeit auf Zeit zum Beispiel in den Niederlanden in Partnerschaft mit dem niederländischen Flüchtlingsrat (Vluchtelingen Werk) und der Wirtschaft junge Flüchtlinge im Alter zwischen 15 und 18 Jahren unterstützt. Diese konnten ihre Studien- und Karrierechancen im Rahmen von Workshops, Unternehmens- und Schulbesuchen sowie Schnupperlehren ausloten.

Bereits vor drei Jahren hatte Manpower in Schweden in Zusammenarbeit mit Behörden und Asylorganisationen ein Arbeitsintegrationsprogramm gestartet. Die Teilnehmenden wurden während 18 Monaten in die schwedische Sprache und Kultur eingeführt und gleichzeitig bei der Arbeitssuche unterstützt. Dabei haben rund 700 Flüchtlinge aus dem Irak in Schweden Arbeit gefunden. Das Projekt war zunächst südwestlich von Stockholm in der Stadt Södertälje angelaufen und breitete sich später über weitere Orte aus. Die Organisation, die in Schweden Manpower Telge Jobbstart (MTJ) heisst, funktioniert heute in Stockholm als Auskunfts- und Schnittstelle für ankommende Flüchtlinge. Sie finden dort schnell ein Netzwerk mit

wichtigen Kontakten und Hilfe, die sprachlichen und kulturellen Unterschiede zwischen Arbeitssuchenden und potentiellen Arbeitgebenden zu meistern.

Arbeiten vor dem Asylentscheid erlauben

Jüngst hat auch der Chef von Manpower Deutschland Herwarth Brune in der Presse gefordert, Asylsuchende sollten bereits vor der Anerkennung als Kriegsbeziehungsweise politische Flüchtlinge arbeiten dürfen. Bisher ist ihnen das in Deutschland untersagt. Das Unternehmen wäre bereit, sich in einem Pilotprojekt mit der Bundesagentur für Arbeit die Kosten für Sprachkurse und Eingliederungsmassnahmen zu teilen, sofern man die Flüchtlinge dann auch unter Vertrag nehmen dürfe. Der Nachbarstaat rechnet für das laufende Jahr mit 300'000 Asylgesuchen. [In der Schweiz können Asylsuchende unter bestimmten Voraussetzungen nach drei Monaten arbeiten.](#)

Auch hier zu Lande mehren sich [Initiativen und Pilotprojekte aus der Privatwirtschaft](#), um Arbeits- sowie Aus- und Weiterbildungsplätze für Flüchtlinge zu schaffen (zum Beispiel [«Perspektive Bau»](#) des Baumeisterverbandes; [Lehrgang «Riesco»](#) des Wirtverbandes Gastrosuisse; [Ausbildungszentrum «Le Botza»](#) in Vétroz im Wallis). Der Lehrgang «Riesco», der anerkannten Flüchtlingen und vorläufig Aufgenommenen während zwölf Monaten eine praxisbezogene Ausbildung in der Küche, in Hauswirtschaft und Service plus zwei Praktika im Gastronomiebereich bietet, musste jüngst einen Rückschlag hinnehmen, weil der Kanton Luzern dem Projekt aus Spargründen die Gelder gestrichen hat. Nichts desto trotz ist die Politik und sind die Behörden schweizweit gefordert, mit der Integration der Flüchtlinge ernst zu machen und ihnen den Zugang zum Arbeitsmarkt zu erleichtern.